

**Niederschrift  
über die 14. Sitzung des Verwaltungsausschusses**

<b>Sitzung am :</b>	Mittwoch, den 02.12.2015
<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Zimmer 154 b

**Beginn:** 16:30 Uhr **Ende:** 18:30 Uhr

**Anwesenheit:**

**Name** **Bemerkung/während**

**Vorsitzender**

Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer

**Stimmberechtigtes Mitglied**

Herr Sven Gerbeth bis TOP 4.2.  
Frau Claudia Hänsel  
Herr Christian Hermann  
Herr Wolfgang Hinz  
Herr Prof. Dr. Lutz Kowalzik  
Herr Jörg Schmidt  
Herr Hansjoachim Weiß  
Herr Benjamin Zabel

**Beratendes Mitglied**

Herr Waldemar Deschner ab TOP 1.3.  
Herr Torsten Dolata  
Herr Volker Freitag  
Herr Arndt Fröhlich  
Herr Uwe Geisler  
Herr Eric Holtschke  
Frau Gabriele Lorenz  
Frau Carola Rohloff-Soares

**Abwesende:**

**Name** **Bemerkung**

**Stimmberechtigtes Mitglied**

Herr Hansgünter Fleischer entschuldigt

## Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	
Frau Karliner	Fachgebietsleiterin Personal/Org.	gesamte Sitzung
Herr vom Hagen	Betriebsleiter EigB GAV	gesamte Sitzung
Herr Uebel	Ltr. Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Frau Weck	Pressesprecherin	bis TOP 2.
Herr Tillmann	Bereichsjurist – GB OB	öffentl. Teil
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	gesamte Sitzung
Herr Leonhardt	Personalrat	öffentl. Teil

## Weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Frau Dähn	Vogtlandanzeiger – öffentl. Teil
Herr Selbmann	Freie Presse – öffentl. Teil
Herr Singh Sud	Sparkasse Vogtland – bis TOP 2.
Frau Friedrich	Sparkasse Vogtland – bis TOP 2.

## Tagesordnung: öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Beantwortung von Anfragen
- 1.3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 04.11.2015
- 1.4. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 13. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 04.11.2015
2. Einwohnerfragestunde
3. Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2016
4. Vorberatung
- 4.1. **Geschäftsordnungsänderung ab 2016-01-01**  
*Drucksachenummer 292/2015*
- 4.2. **Zuordnung des Aufgabenbereiches Informationstechnik als eigenständige Organisationseinheit zum Geschäftsbereich I**  
*Drucksachenummer 294/2015*
- 4.3. **Weiterführung der Planungen für den Nord-West-Flügel des Rathauses in Plauen**  
*Drucksachenummer 225/2015*
5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

### 1. Eröffnung der Sitzung

Die 14. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Oberdorfer durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Zur Mitzeichnung der Niederschrift werden Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., und Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, gebeten.

### 1.1. Tagesordnung

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor, die vor der Sitzung ausgereichte Niederschrift über den öffentlichen Teil der 13. Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 04.11.2015 auf die Tagesordnung zu nehmen.

Die Tagesordnung für die 14. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird mit der Ergänzung bestätigt.

## 1.2. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen

## 1.3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 04.11.2015

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt die unbefristete Weiterbeschäftigung eines Mitarbeiters der Stadtplanung als Beschluss aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 04.11.2015 bekannt.

## 1.4. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 13. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 04.11.2015

Die Niederschrift wird in Umlauf gegeben und unter TOP 5. Anfragen erneut aufgerufen.

## 2. Einwohnerfragestunde

**Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, wurde von einem Einwohner gebeten nachzufragen, was mit der Mauer Ecke Stresemann-/Reißiger Straße geschehen soll. Die bestehende Einengung des Fußweges kann kein Dauerzustand sein.**

**Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Antwort zu.**

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass heute auf Wunsch die Angelegenheit Geschäftsstellen der Sparkasse innerhalb der Stadt Plauen im Verwaltungsausschuss darstellt wird. Er weist darauf hin, dass es bereits im Kreistag und im Sparkassenzweckverband eine ausführliche Präsentation dazu gab.

Oberbürgermeister Oberdorfer begrüßt Herrn Singh Sud, Bereichsleitung Vorstandsstab, und Frau Friedrich, Regionalbereichsleiterin Elstertal, der Sparkasse Vogtland.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt zur Historie der Sparkasse Vogtland u. a. aus, dass es seit ihrem 175jährigen Bestehen noch nie eine Situation wie heute gab. Er geht kurz auf die Anlagen und Zinsen ein. Jeder Sparer muss das größte Interesse haben, dass die Sparkasse Vogtland stabil bleibt. Deshalb sollte auch für die ergriffen Maßnahmen Interesse bestehen, um diese Stabilität zu halten. Das bedeutet u. a. Personalabbau, Kostenreduzierung und Geschäftsstellenreduzierung. Er übergibt das Wort an Herrn Singh Sud und Frau Friedrich.

Frau Friedrich, Regionalbereichsleiterin Elstertal, u. a. auch für das Gebiet Plauen verantwortlich, beginnt mit der Präsentation und stellt die Situation dar, was unternommen wurde, was die Bedingungen waren, warum es unternommen werden musste und wie sich die Sparkasse zukünftig ausrichten wird.

Herr Singh Sud, Bereichsleitung Vorstandsstab, stellt sich vor und spricht zu allgemeinen Herausforderungen, zur Methodik sowie Standortanpassung und Optimierung - konkret für die Stadt Plauen. Dabei geht Herr Singh Sud auf die Digitalisierung, Demographie, Niedrigzinsphase und neue Wettbewerber ein, die eine gewisse Bankdienstleistung anbieten. Bei Rewe kann z. B. eine Geldabhebung in Anspruch genommen werden. Institutionen wie Facebook und Google haben eine Banklizenz, Zahlungsübertragungsfunktion in der technischen Plattform, sind in den USA schon live geschaltet, in Deutschland hinterlegt und nur noch nicht scharf geschaltet. Die neuen Wettbewerber stehen mit Teilen von Finanzdienstleistern im Wettbewerb. Digitalisierung ist das Schlagwort in der Wirtschaft sowie den Kreditinstituten und schafft neue Wettbewerber.

Weiterhin führt Herr Singh Sud zu Negativ-Zinsen aus, was eine massive Reduktion der Zweigstellen innerhalb der letzten 13 – 14 Jahre mit zur Folge hatte. Bis 2020 wird sich der Trend fortsetzen. Trotz alle dem liegt die Geschäftsstellendichte der Sparkasse im Vergleich zu denen, die dem ost-deutschen Sparkassenverband angeschlossen, im Durchschnitt.

Weiterhin geht Herr Singh Sud auf die Bevölkerungsentwicklung im Vogtlandkreis bis 2025 ein, die bei optimistischem Szenario bei minus 12 % liegen wird.

Er fasst zusammen, dass im Kurzdurchlauf die Megatrends dargestellt werden, wie die Sparkasse Vogtland weiterhin ihren gesetzlich verankerten Auftrag der flächendeckenden Versorgung an Standorten weiter erfüllen will. Er weist darauf hin, dass Standort nicht gleich Geschäftsstelle ist und übergibt das Wort an Frau Friedrich.

Frau Friedrich zeigt die Ergebnisse der Standortanalyse auf, aus welchen Kriterien Rückschlüsse gezogen wurden und welche Bedeutung das für die Stadt Plauen hat. Die Standortbewertung erfolgte nach einheitlichen Kriterien unter den Aspekten Ertrag, Kundenvolumen, Personal-/ Sachkosten, Nutzungsverhalten, Onlineverhalten, Bedarfsabruf in den Filialen und Kundenstromanalyse. Es zeigt die Wertigkeit der Standorte, wie sie zukünftig geführt werden können und welche Öffnungszeiten notwendig sind. Sie geht auf neue Standorttypen wie eine klassische Filiale und fahrbare Filiale (Zaster-Laster) ein. Für den „Zaster-Laster“ sind z. B. 18 Haltepunkte vorgesehen. Damit werden die Bargeldversorgung, der Druck von Kontoauszügen, Überweisungen und in eingeschränktem Rahmen auch Beratungsangebote in den ländlichen Gebieten abgesichert. Neu im Angebot ist der Premiumpartner. Dies beinhaltet Operationen, die mit Geschäftskunden vor Ort getroffen werden.

Die Umstellung ist per 30.11. erfolgt. Aktuell gibt es 26 Filialen, 13 Sb-Standorte und Kooperationsmodelle mit Geschäftskunden (Premiumpartner).

Sie informiert, dass es 2 Großfilialen geben wird - die Geschäftsstelle am Rathaus und am Albertplatz. Die Sb-Standorte Morgenberg- und Fichtestraße werden beibehalten.

Mittlere Filialen sind die Geschäftsstelle Süd/Ost und die Filiale Westend. Die Filiale Landratsamt wurde von der Behörde Landratsamt übernommen. Die Filialen Reusa und Mammengebiet werden bis 2017 geöffnet bleiben. Die Filiale Haselbrunn wird in die Filiale Albertplatz wechseln. Eine Bargeldversorgung vor Ort ist geregelt (Sb-Standort Morgenbergstraße). Hier ist eine Umsetzung an die Pausaer Str. geplant. Die Filiale Mitte ist im Moment noch Sb-Standort. Dieser wird sobald der Standort Landratsamt neu geregelt ist wechseln. Die Filiale Jöbnitz ist bereits umgesetzt.

Jöbnitz wird künftig eine fahrbare Filiale erhalten. In Jöbnitz konnte bereits ein Premiumpartner gewonnen werden. Die Einführung wird ca. Anfang kommenden Jahres erfolgen.

Frau Friedrich weist darauf hin, dass alle Informationen über die Internetseite abrufbar sind.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, merkt an, dass für die nicht elektronisch vernetzte Bevölkerungsgruppe die Wege länger werden. Er hätte gern gewusst, was aus den Immobilien wird die Eigentum der Sparkasse Vogtland sind.

Herr Volker Freitag, sachk. Einwohner Fraktion DIE LINKE., gibt ebenfalls zu bedenken, obwohl er alles nachvollziehen kann, dass die ältere Generation zu wenig berücksichtigt wird. Das sind die potentiellen Sparer.

Stadtrat Wolfgang Hinz, Fraktion DIE LINKE., macht darauf aufmerksam, dass das Thema nicht einfach damit zu lösen ist. Er stimmt den Ausführungen von Herrn Freitag zu. Man muss auf die Menschen achten. Nach seiner Meinung entfernt sich die Sparkasse von den Bürgern und verliert an Ansehen, was er außerordentlich bedauert.

Herr Torsten Dolata, sachk. Einwohner SPD/Grüne-Fraktion, fragt, welche Chancen gesehen werden, auf die Niedrigzinsphase einzuwirken oder wie bewerten sie den Sinn?

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, fragt nach, ob das Gebäude am Komturhof und das Gebäude Gottschaldstraße, Plauen Mitte, erhalten bleiben.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass das Gebäude am Komturhof die Zentrale ist. Auch nach dieser Neuordnung haben wir mehr Sparkassenfilialen als alle anderen Kreditinstitute, Privatbanken oder Genossenschaftsbanken zusammen. Die Sparkasse möchte so nahe wie möglich am Kunden bleiben. Die Wege werden weiter, das ist richtig, und dafür bitten wir um Verständnis. Es ist auch im Sinne des Kunden, dass die Sparkasse wirtschaftlich bleibt.

Zum Immobilienkonzept führt Frau Friedrich aus, dass das Gebäude in Plauen - Standort Mitte - Eigentum der Sparkasse Vogtland ist. Hierfür gibt es schon einen Kaufinteressenten. Für das Gebäude in Haselbrunn stehen die Prognosen gut.

Herr Singh Sud führt zum Zins aus und verweist auf die kommenden Donnerstag stattfindende Sitzung der EZB-Bank. Wie es aussieht wird noch mehr Geld in den Markt gepumpt, sodass die Zinsen noch weiter unter Druck stehen.

Als einzelne Sparkasse betreiben wir über Gremienstrukturen Lobby-Arbeit. Warum nicht auch die öffentliche Hand, um auf politische Entscheidungsträger hier mal einzuwirken.

Weiter merkt er an, aus der Region für die Region. Im Sparkassengesetz steht u. a. auch flächendeckende Versorgung für das Vogtland. Wir geben Millionen aus für Träger, Sponsoring und Stiftung und sind Arbeitgeber. Damit wir das auch weiterhin tun können, müssen wir solche Wege gehen.

Oberbürgermeister Oberdorfer bedankt sich bei Herrn Singh Sud und Frau Friedrich für ihre Ausführungen.

Oberbürgermeister Oberdorfer übergibt das Wort Frau Weck, Pressesprecherin.

Frau Weck, Presse, informiert, dass ab Januar 2016 das Mitteilungsblatt digital veröffentlicht wird. Das Ergebnis der Ausschreibung liegt vor und lässt zu, dass das Mitteilungsblatt (neu „Stadtnachrichten“) künftig alle 2 Monate erscheinen kann - beginnend im Monat Februar 2016. Das Mitteilungsblatt erhalten alle Haushalte und Plauener Firmen immer am letzten Mittwoch des Monats. Der Umfang liegt künftig bei 20 Seiten. Die Finanzierung erfolgt zu 50 % durch Werbung.

Auf Nachfrage von Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, erklärt Frau Weck, dass die Stadt bei dem gleichen Vertragspartner bleibt.

### **3. Diskussion zum Haushaltsplanentwurf 2016**

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Fraktion DIE LINKE., möchte sich vergewissern, dass der KGST eine Stundenreduzierung bei Schulsekretärinnen vorgeschlagen hat und ob dies umgesetzt werden soll.

Frau Karliner, Fachgebietsleiterin Personal/Organisation, führt dazu aus, dass es dazu ein erstes Ergebnis aus der Untersuchung heraus gibt. Das Ergebnis wurde den Schulleitern vorgestellt. Mit den einzelnen Schulen wird noch in die Details gegangen. Auch mit den Schulsachbearbeiterinnen wird es Gespräche geben. Die Schulleiter müssen wissen, dass nach diesem neuen Gutachten der Umfang perspektivisch so nicht erhalten werden kann. In den Haushalt des nächsten Jahres ist es noch nicht eingeplant. Die neue Berechnung wurde auf Basis der zugearbeiteten Schülerzahlen erstellt. Frau Karliner bittet um etwas Zurückhaltung. Eine entsprechende Information erfolgt nach Vorlage der Zahlen.

Unter Bezugnahme auf den Haustarifvertrag des Theaters schlägt Stadträtin Hänsel vor, auch in dieser Position darüber nachzudenken. Vielleicht macht ein Freizeitausgleich Sinn. Wäre es nicht möglich, dass die Sekretärin während der Woche ihre ursprüngliche Stundenzahl arbeitet und in den Sommerferien entsprechend weniger. Stadträtin Hänsel bittet um Sensibilität.

Frau Karliner nimmt den Hinweis mit.

Oberbürgermeister Oberdorfer möchte öffentlich eine Systemfrage stellen.

In Sachsen besteht die Situation, dass Schulgebäude der Kommune gehören. Die Lehrer sind beim Land angestellt. Das Personal an der Schule, Hausmeister und Schulsachbearbeiterin, sind bei der Kommune beschäftigt. Es wäre politisch zu diskutieren, dass Schulsachbearbeiterinnen dort angegliedert werden, wo auch die Lehrer angebunden sind. Dies wäre jedoch eine landespolitische Entscheidung.

Stadträtin Hänsele erinnert, dass mit der Streichung der Stelle des Kulturreferenten im Kulturreferat eine weniger bezahlte Stelle entstehen soll.

Frau Karliner erklärt, dass die Entscheidung getroffen wurde, erst im Jahr 2016 die Stelle in den Stellenplan aufzunehmen und im Januar, passend zum Haushaltsplanbeschluss, den Stellenplan vorzulegen. Sobald der Stellenplan beschlossen ist, erfolgt die Ausschreibung.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzyk, CDU-Fraktion, vertritt die Auffassung, dass bei Bedarf schon jetzt eine Ausschreibung hätte erfolgen können.

**Frau Karliner wird, wenn alle kein Problem damit haben, eine interne Ausschreibung durchführen, ohne dass die Stelle existiert. In der Ausschreibung wird kenntlich gemacht, vorbehaltlich der Genehmigung des Stellenplanes.**

**Frau Lorenz, sachkundige Einwohnerin, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass interne Stellenausschreibungen im „inside plauen“ verschieden dargestellt werden. Einmal für jeden Mitarbeiter sichtbar auf der Startseite und als weitere Option unter dem Button Stellenausschreibung. Sie bittet um Gleichbehandlung aller internen Stellenausschreibungen.**

**Frau Karliner wird dem nachgehen.**

Stadtrat Benjamin Zabel, Fraktionsvorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, hält es für wichtig, dass sich die Verwaltung mit den Schulleitern zusammensetzt und für jede Schule eine Lösung findet. Weiterhin möchte er an das Organisationsgutachterkonzept und dessen Umsetzung erinnern. Für die Zuarbeit zum Haushalt 2016 würde er um Terminaufschub bitten. Er wird es am Montag im Ältestenrat nochmals ansprechen.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet, den Terminaufschub im morgigen Finanzausschuss nochmals anzusprechen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, fragt nach, ob es seitens der Landesregierung eine Stellendefinierung zum Aufgabenbereich der Schulsachbearbeiterinnen gibt? Weiterhin unterstützt er die Bitte von Stadtrat Zabel hinsichtlich eines Aufschubs der Zuarbeit an den FB Finanzverwaltung. Seine Fraktion hat dies bereits gegenüber Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, angesprochen.

Frau Karliner führt aus, dass sich die KGST als Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement mit dem Thema befasst hat und es dazu ein aktuelles Gutachten gibt. Durch die KGST werden Empfehlungen gegeben. Ebenso sind die örtlichen Verhältnisse zu betrachten. Als Institution unterstützt sie die Kommunen. Die Stadt Plauen ist Mitglied bei der KGST. Frau Karliner informiert weiterhin, dass es mit der Bildungsagentur einen Termin geben soll, welche Aufgaben vom Freistaat abgedeckt werden müssten.

Oberbürgermeister Oberdorfer verweist auf die Veröffentlichungen zu tarifvertraglichen Regelungen und Verhandlungen bei der Straßenbahn GmbH. Er informiert, dass am heutigen Vormittag Verhandlungen der Tarifpartner, Geschäftsführung der Straßenbahn GmbH und Verdi, stattfanden. Er hatte der Geschäftsführerin empfohlen, einen Kompromiss mit Verdi zu finden. Der Kompromiss kann auch die Rückkehr in einen Tarifvertrag beim Nahverkehr sein. Die besondere Situation der Straßenbahn in Plauen, wie Verlust der Kreisfreiheit und keine direkte Schlüsselzuweisung für den ÖPNV, sollte dabei Berücksichtigung finden. Bei dem Gespräch mit Verdi hat er Verständnis erbeten. Er rechnet heute mit einem positiven Abschluss. Es wird eine schrittweise Rückkehr zum Tarifvertrag geben. Das bedeutet, dass die Stadt Plauen nochmals über einen erhöhten Zuschusses ab dem Jahr 2020 sprechen muss. Durch die Verwaltung wird eine entsprechende Vorlage erarbeitet und den Stadträten zugeleitet. Oberbürgermeister Oberdorfer hat heute durch Frau Zeuner gegenüber Verdi erklären lassen, dass nach der Befassung im Stadtrat die Unterschrift erfolgen soll. Aus seiner Sicht ist damit der Streik vorerst abgewendet.

**4. Vorberatung**  
**4.1. Geschäftsordnungsänderung ab 2016-01-01**  
***Drucksachenummer 292/2015***

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert zur Vorlage.

Keine Diskussion zur Vorlage.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 292/2015 zu.

**Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt seine Geschäftsordnung gemäß Anlage 1 zu dieser Verwaltungsvorlage zu ändern.**

**Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen**

**4.2. Zuordnung des Aufgabenbereiches Informationstechnik als eigenständige Organisationseinheit zum Geschäftsbereich I**  
***Drucksachenummer 294/2015***

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert zur Vorlage.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, legt dar, dass seine Fraktion die Zusammenführung begrüßt. Die Hoffnung liegt explizit an der Stelle, auch mit der Neuausschreibung der Leiterstelle eine kompetente Führungspersönlichkeit zu gewinnen und eine neue Struktur zu finden. Interne Besetzungen hatten nicht den gewünschten Erfolg. Wichtig wäre Bilanz zu ziehen, ein Zwischenfazit mit Bezug zu den einzelnen Punkten des 2012 erstellten Gutachtens zur Entwicklung der IT in der Stadt mit konkreten Handlungsempfehlungen. Wie ist die bisherige Entwicklung - auch in der neuen Struktur; wo beginnen wir und wie können wir uns jetzt weiter entwickeln?

**Oberbürgermeister Oberdorfer legt fest, dass Frau Karliner, Fachgebietsleiterin Personal/Organisation, einen Bericht erarbeitet, der im Verwaltungsausschuss zur Kenntnis gegeben wird.**

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, sieht es nüchtern. Faktisch gibt es per 01.01.2016 keine Änderung. Die Räume befinden sich im Rathausturm und das Personal ändert sich auch nicht. Es ist eine Sache, die längerfristig fruchten soll.

Auf die Frage von Frau Lorenz, sachkundige Einwohnerin, CDU-Fraktion, antwortet Oberbürgermeister Oberdorfer, dass die Rückführung des Bereiches IT im Haushalt 2016 eingearbeitet ist.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, merkt an, dass er bereits mehrfach die Prüfung einer Zusammenarbeit im Bereich der IT mit städtischen Gesellschaften und dem Landratsamt angeregt hat.

Er erwartet von dem Gutachten keine Kosteneinsparung aber gewisse Effekte, die vielleicht durch Koordinierung im Rahmen eines Zweckverbandes oder einer anderen Form gemeinsam erzielt werden können.

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass er Herrn Landrat Keil bezüglich einer zukünftigen Zusammenarbeit auch im EDV Bereich angeschrieben hat. Als mündliche Information äußerte er sich grundsätzlich positiv mit der Einschränkung, dass er zuerst die Zentralisierung selbst schaffen muss.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 292/2015 zu.

**Beschlussvorschlag:**

**Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Zuordnung des Aufgabenbereiches Informatik als eigenständige Organisationseinheit zum Geschäftsbereich I zum 01.01.2016.**

**Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung**

**4.3. Weiterführung der Planungen für den Nord-West-Flügel des Rathauses in Plauen  
Drucksachenummer 225/2015**

Oberbürgermeister Oberdorfer führt in die Thematik ein. Er geht u. a. auf die Historie sowie die Fördermittelproblematik ein, was für eine Sanierung sprechen würde.

Er weist darauf hin, dass er den Beschlussvorschlag zu 2. zur Abstimmung bringen wird, wenn sich zum Beschlussvorschlag zu 1. keine Mehrheit findet.

Nach dem aktuellen Beschluss des Stadtrates können die Planung und die Beantragung der Fördermittel erfolgen. Den Baubeginn würde er nach Fertigstellung des Landratsamtes legen.

Er merkt an, dass vor 5 Jahren der Entschluss klar für Nr. 1 gefallen wäre. Persönlich sieht er es noch immer so, mit Blick auf eine lange Nutzungsdauer.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, sieht die Rekonstruktion als Variante und gangbaren Weg für die Fraktion.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion: Sie sagten, vor 5 Jahren war es eine Mehrheit. Er bezieht sich auf den letzten Satz des 1. Absatzes zum Sachverhalt.

„Die Kosten eines Neubaus waren in der Voruntersuchung durch das beauftragte Büro Architektur Lux mit ‚einem mittleren einstelligen Millionenbetrag‘ eingeschätzt worden.“

Damals wurde durch die Fraktion ein historischer Nachbau favorisiert. Dies wurde nicht umsetzbar, da sich die Kosten auf 15 Mio. EUR beliefen. Jetzt kostet nur der Neubau bis zu 16,4 Mio. EUR.

Vor 5 Jahren gab es die Konstellation, dass 10 % für die Sanierung, 45 % für den historischen Nachbau und 45 % für einen Neubau waren. Den historischen Nachbau haben wir damals zu den Akten gelegt, weil wir 15 Mio. EUR nicht hatten. Aus diesem Grund hat sich die Mehrheit damals für den Neubau entschieden. Dann erfolgte die Planung und es kam etwas ganz anderes heraus. Es steht sachlich ganz korrekt im Sachverhalt. Dann gab es einen Neubau von bis zu 15 Mio. EUR und das ist nicht mehr das, dem der Stadtrat mehrheitlich zugestimmt hatte. Der Stadtrat war nicht mehrheitlich von vornherein nur für den Neubau. Es war die Trennung zwischen historischen Nachbau und Neubau. Da letztendlich damals das Erste als unrealistisch erschien und aktuell das Zweite, der Neubau, diese Größenordnung erreicht hat und damit auch unrealistisch ist, entscheiden sich jetzt viele Stadträte für eine Sanierung. Die Größenordnung ist letztendlich auch vertretbar. Er persönlich vertritt die Auffassung, dass eine Sanierung nicht 1 : 1 erfolgen muss und ein Rückbau der 4. Etage möglich ist, da von der Fläche her der Bedarf nicht mehr besteht. Stadtrat Weiß bittet, seine Ausführungen zu Protokoll zu nehmen.

Oberbürgermeister Oberdorfer stimmt den Ausführungen von Stadtrat Weiß zu. Mit einer groben Kostenschätzung wurden eine Sanierung, ein moderner Neubau und ein historischer Nachbau betrachtet. Das hat uns auch auf diesen Weg gebracht, der heute mit den Zahlen der Vorplanung natürlich nicht mehr passt. Er sieht den Wettbewerb und die Planungsmittel nicht als verloren, es hat eben diese Erkenntnisse gebracht.

Stadtrat Benjamin Zabel, Fraktionsvorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, tendiert zu einer Sanierung. Es ist eine Entscheidung aus den Diskussionen der letzten 3 Jahre. Als die erste Entscheidung 2012 getroffen wurde, wurde mit ganz anderen Zahlen und Voraussetzungen diskutiert. Er merkt an, dass damals das Bauvorhaben auch ein Stück weit zerredet wurde. Aus seiner Sicht war die Zusammenarbeit mit RKW ganz entscheidend und auch problematisch.

Aus der Fraktion heraus wurde von Stadtrat Kett und Stadtrat Alboth auf eine Reihe fachlicher Kritik hingewiesen, was auch am Ende der Glaubwürdigkeit dieses Entwurfs und der Zusammenarbeit mit diesem Büro geschadet hat. Daher im Mai 2014 das Anliegen, eine Sanierung parallel nochmals zu prüfen.

Als Fraktion haben wir im Wahlkampf gesagt, es darf kein zweistelliger Millionenbetrag werden unabhängig vom Fördermitteleinsatz, die auch Steuergelder sind.

Wenn von vornherein klarer aufgebaut worden wäre, hätte es in einer Diskussion auch zu einem Neubau führen können. Er sieht dies als die größte politische Niederlage in der Amtszeit von Oberbürgermeister Oberdorfer.

Er schließt sich seinem Vorredner an. Es muss unter der derzeitigen Haushaltssituation eine tragfähige Entscheidung getroffen werden. Aus der Fraktion wird es wahrscheinlich keine einstimmige, aber eine Entscheidung für die Sanierung geben.

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Fraktion DIE LINKE., findet den historischen Moment bemerkenswert, dass eine von der Fraktion verfochtene Einstellung jetzt plötzlich doch offensichtlich Mehrheiten findet wenn auch aus Gründen, die vor 5 Jahren unter Umständen nicht so abzusehen waren. Ihre Fraktion war für die Renovierung. Die Entwicklung der finanziellen Situation der Stadt war abzusehen. Nach wie vor findet sie den Neubau-Entwurf nicht schön. Wenn ein Neubau, dann sollte es etwas Besonderes sein.

Herr Volker Freitag, sachk. Einwohner Fraktion DIE LINKE., ist Verfechter, etwas Neues zu bauen. Ihn und andere Bürger, die auch für einen Neubau sind oder waren, hat gestört, dass der Beschluss im Stadtrat gefasst wurde, 3 Varianten zu favorisieren. In der Ausstellung im Ratssaal hat man erst gesehen, wie viele Varianten und Vorschläge es überhaupt gab. Verschiedene Beispiele hätten unserer Stadt besser gestanden. Er sieht hier den Punkt, wo im Ablauf vielleicht etwas schief gelaufen ist. Die Meinung der Bevölkerung, die natürlich nicht auf die Finanzlage blickt, ist recht differenziert und unterschiedlich.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass der damalige Wettbewerb über 20 Ergebnisse gebracht hat. Durch die Besucher der Ausstellung wurde nur das Antlitz bewertet. Der Wettbewerb selbst hat die Funktionalität des Gebäudes beinhaltet. Wir haben uns von einem Professor aus München führen lassen. Es war eine Summe von Dingen, die zu diesem Wettbewerbsieger geführt hat.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet um Verständnis und legt Wert darauf, dass es keinesfalls großspurig oder ignorant sein soll, wenn er historisch gesehen eine Differenz von 3 - 4 Mio. EUR nicht als seinen Maßstab sieht, den er jetzt und hier sparen will. Er betrachtet die Investition über einen langen Zeitraum. Seiner Auffassung nach sollte der finanzielle Aspekt bei ausgewählten Dingen unserer Stadt, dazu zählt das Rathaus, nicht im Vordergrund stehen.

Stadtrat Weiß kann nachvollziehen, dass die paar Millionen EUR in einigen Jahren keine Rolle mehr spielen. Das Problem ist der Entwurf über die 15 Mio. EUR, der niemand vom Hocker reißt. Wenn es ein Neubau wäre, wo man auch nach 10 Jahren sagt - da haben sie was geschaffen - würde niemand über das Geld reden. Mit diesem Kastenbau wird in 20 Jahren noch darüber gesprochen - das habt ihr für 15 Mio. EUR gebaut!

Oberbürgermeister Oberdorfer hatte einen anderen Favoriten. Die Kommission entschied sich für dieses Modell.

Herr Torsten Dolata, sachk. Einwohner SPD/Grüne-Fraktion, stellt folgende Fragen:

Welche Sicherungssysteme gibt es, um die angesetzten Kosten zu halten?

Wo liegen die Risiken – z. B. der Bestandsschutz?

Gibt es die Möglichkeit eines Gesamtpauschalpreises?

Oberbürgermeister Oberdorfer: Bei solchen Projekten bewegt man sich auf einmaligen Wegen. Man tut nicht gut daran, sich so festzulegen. Herr Schenk hat ordentlich untersucht (Bohrungen, Stahl, Korrosion, Öffnung der Knotenpunkte usw.) und sagt, nach bestem Wissen und Gewissen ist

es so. Die RKW sagen nach bestem Wissen und Gewissen ist es in der Leistungsphase II. so. Wenn während der Bauphase andere Gegebenheiten zu Tage treten, muss man flexibel bleiben in Termin und Geld.

Oberbürgermeister Oberdorfer verweist auf den Plauener Weg in der Vergabe. Das heißt, bei keinem größeren Bauprojekt suchen wir einen Generalunternehmer, der uns einen Gesamtpreis garantiert. Das wird seit vielen Jahren grundsätzlich nicht gemacht. Die Stadt beauftragt immer Planungen.

Wenn der Wunsch besteht, ist ein Beschluss des Rates herbeizuführen, dass man bei diesem Projekt von der üblichen Verfahrensweise abweicht, einen Generalunternehmer sucht und ein Gesamtprojekt zu einem Gesamtpreis ausschreibt.

Oberbürgermeister Oberdorfer verliest den Beschlussvorschlag zu 1. und stellt ihn zur Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis zum Beschlussvorschlag zu 1.:**

**1 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltungen**

Oberbürgermeister Oberdorfer verliest den Beschlussvorschlag zu 2. und stellt ihn zur Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis zum Beschlussvorschlag zu 2.:**

**6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen**

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass alles bleibt wie es ist, wenn es im Stadtrat keinen Beschluss gibt.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag zu 2. der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer 225/2015 zu.

#### **Beschlussvorschlag:**

##### **Zu 2.**

**Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, die Absicht eines Neubaus des Nord-West-Flügels des Rathauses in Plauen nicht weiter zu verfolgen und die Planungen für eine Sanierung des Nord-West-Flügels des Plauener Rathauses auf Grundlage des in der Sitzung des Stadtrates am 16.12.2014 vorgestellten Planungskonzeptes fortzuführen. Dabei sollen auch der Um- und Ausbau der Kellergeschosse zum Verwaltungsarchiv und eine Verbesserung der Belichtung/Beleuchtung des zu sanierenden Bereiches geplant werden**

Oberbürgermeister Oberdorfer greift die Anmerkung von Stadtrat Zabel zu Fördermitteln auf und merkt an, dass Fördermittel natürlich auch Steuermittel sind, mit denen bewusst umzugehen ist. Allerdings sind diese in festen Töpfen. Wenn wir sie nicht beantragen und nach Plauen lenken, werden sie an anderer Stelle verbaut. Sie werden nicht eingespart.

**5. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

keine Anfragen

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 13. Sitzung des Verwaltungsausschusses fest.

Plauen, den

Plauen, den

Ralf Oberdorfer  
Oberbürgermeister

Wolfgang Hinz  
Stadtrat

Plauen, den 09.12.2015

Plauen, den

Winkler  
Schriftführer

Jörg Schmidt  
Stadtrat